

Inhalt

Jubiläumsheft zum 10jährigen Bestehen der Zeitschrift für Politische Theorie

Gary S. Schaal / André Brodocz / Marcus Llanque

Editorial der Herausgeber 3

Stefan Wallaschek

Über was spricht die Politische Theorie?

Eine Netzwerkanalyse der Zeitschrift für Politische Theorie (2010–2019) 7

Diskussionsbeiträge zur Zukunft der politischen Theorie

Eva Marlene Hausteiner

Mehr Dystopie wagen?

Zukunftsperspektiven einer politiktheoretischen Zukunftsforschung 31

Kommentiert von *Marcus Llanque* 41

Cord Schmelzle

Menschheit als Argument.

Politisches Handeln angesichts existenzieller Risiken 45

Kommentiert von *Emanuel Richter* 59

Verena Frick

Politische Theorie für das urbane Zeitalter.

Ein Plädoyer für die Wiederentdeckung der Städte als

demokratische Handlungsräume 65

Kommentiert von *Dirk Jörke* 75

Sebastian Huhnholz

Die Zukunft der Politischen Theorie in der Deutungskonkurrenz

mit der Ökonomik 79

Kommentiert von *André Brodocz* 101

<i>Andreas Busen</i>	
Zur Idee einer Nachhaltigen Politischen Theorie	107
Kommentiert von <i>Tine Stein</i>	121

Aktuelle Debatte: Covid-19-Pandemie

<i>Frank Nullmeier</i>	
Covid-19-Pandemie und soziale Freiheit	127

<i>Matthias Leanza</i>	
Biopolitische Kollektive.	
Theoretische Reflexionen zur Covid-19-Pandemie	155

Nachrufe

<i>Peter Niesen</i>	
Verteidiger der Staatlichkeit, nicht des Staates.	
Zum Tod von Rainer Schmalz-Bruns (1954–2020)	167

<i>Karlfriedrich Herb / Eva Odzuck / Hans-Jörg Sigwart</i>	
Nachruf auf Clemens Kauffmann (1961–2020)	173

Über was spricht die Politische Theorie?

Eine Netzwerkanalyse der Zeitschrift für Politische Theorie
(2010–2019)

Stefan Wallaschek*

Schlüsselwörter: Schlagworte, Netzwerkanalyse, Kookurrenzanalyse, Politische Theorie, diskursives Feld

Abstract: Der Artikel untersucht die Begriffe und Konzepte, die in der ersten Dekade des Erscheinens der Zeitschrift für Politische Theorie (ZPTh) diskutiert wurden. Dafür wurden die Schlagworte aller Forschungsartikel gesammelt und aufbereitet, um eine Netzwerkanalyse durchzuführen. Der Fokus der Analyse liegt auf der Rekonstruktion des diskursiven Feldes der politischen Theorie. Zwei zentrale Ergebnisse wurden identifiziert: *Erstens* bildet das Schlagwortnetzwerk ein fast vollständig zusammenhängendes Netzwerk, welches jedoch an den diskursiven Rändern ‚ausfranst‘, sodass Sub-Diskurse entstehen. *Zweitens* sind die Schlagworte ‚Demokratie‘ und ‚Freiheit‘ besonders zentral im Netzwerk und bilden den Kern der Debatte. Nichtsdestoweniger finden sich ebenso Diskussionen um Populismus und poststrukturalistische Ansätze im Netzwerk und zeigen damit das Aufkommen neuerer Begriffe und theoretischer Konzepte. Die politische Theoriedebatte in der ZPTh weist demnach eine gewisse Zentrum-Peripherie-Struktur auf und verdeutlicht gleichzeitig einen hohen Grad an Pluralismus in der deutsch-sprachigen Politischen Theorie. Der Artikel trägt zur Selbstreflexion und -verständigung im Fach Politische Theorie bei und bietet erste empirische Erkenntnisse über den Forschungs- und Publikationsstand der deutsch-sprachigen Politischen Theorie.

Abstract: The article examines the terms and concepts discussed in the first decade of the publication of the Zeitschrift für Politische Theorie (ZPTh). For this purpose, the keywords of all research articles have been collected and edited to conduct a network analysis. The analysis focuses on the reconstruction of the discursive field of political theory. Two central results were identified: *First*, the keyword network forms an almost completely connected network, which, however, ‘frays’ at the discursive margins, so that sub-discourses emerge. *Second*, the keywords ‘democracy’ and ‘freedom’ are particularly central to the network and form the core of the political theory debate. Nevertheless, discussions on populism and post-structuralist approaches are also found in the network, thus demonstrating the emergence of new concepts and themes. The political theory debate in the ZPTh partially exhibits a center-periphery structure and at the same time illustrates a high degree of pluralism in German-based political theory. The article contributes to self-reflection and understanding in the field of political theory and offers first empirical insights into the state of research and publication of German-based political theory.

* Stefan Wallaschek, Europa-Universität Flensburg
Kontakt: stefan.wallaschek@uni-flensburg.de

1. Einleitung¹

Womit beschäftigt sich die Politische Theorie²? Diese Frage wird auf zwei verschiedene Arten beantwortet. Auf der einen Seite wird nach den Autor*innen in der Politischen Theorie gefragt und welche zentralen Ideen und Argumente sie formulieren. Auf der anderen Seite wird nach Begriffen und Konzepten gefragt, die die politische Theorie konstituieren.

Die erste Art ist akteurs-bezogen. Es wird erläutert, wer zu politischer Theorie forscht. Es wird davon ausgegangen, dass sich Politische Theorie vor allem über ihre Autor*innen erschließt. Dementsprechend sind viele Lehr- und Textbücher zur politischen Theorie anhand von Akteuren sortiert (vgl. Brodocz / Schaal 2016; Schwaabe 2018; Brocker 2018). Die Ideen und Konzepte der zumeist männlichen und weißen Theoretiker werden dargestellt und als besonders prägend bezeichnet. In dieser Art sind es vor allem sie, die politische Theorie machen und auszeichnen und damit den Kanon der politischen Theorie bilden. Salzborn und Reese-Schäfer begründen die Fokussierung auf Autor*innen wie folgt: „Aber Namen sind eben insofern verlässlich, als sie auf nachprüfbare Gedankengänge und Gedankenführungen verweisen, während die Orientierung an Begriffen immer auch Züge definitorischer Willkür aufweisen muss“ (Reese-Schäfer / Salzborn 2015b: 15). Welche Theoretiker*innen schließlich ausgewählt werden, ist selbst Gegenstand vielfacher Diskussionen über die Kanonisierung der Disziplin (vgl. Reese-Schäfer / Salzborn 2015a).

Die zweite Art zu bestimmen, was politische Theorie ausmacht, ist begrifflich. Anhand von Konzepten, Ideen und Begriffen wird politische Theorie erörtert und ihr Gegenstandsbereich abgegrenzt. Über zentrale Konzepte oder deren Umkämpftheit wird die diskursive Struktur des Feldes der Politischen Theorie nachgezeichnet (vgl. Göhler et al. 2011; Llanque / Münkler 2007; Bevc 2019). Wie Göhler et al. festhalten: „[T]heoretische Auseinandersetzungen und Weiterentwicklungen [entzündeten sich] zumeist an konkreten Sachverhalten, die unterschiedlich interpretiert und erklärt werden und für die spezifische Begriffe stehen“ (Göhler et al. 2011: 7). Auch hierbei zeigen sich Selektionsmechanismen, indem bestimmte Begriffe und Ideen mehr Aufmerksamkeit erfahren als andere. So fehlen wohl in keinem der Einführungsbücher, Enzyklopädien und Handbücher Begriffe wie Gerechtigkeit, Freiheit oder Gleichheit, während andere Begriffe hingegen weniger prominent sind oder gewissen begrifflichen Konjunkturen unterliegen. Auch der zweite Zugang ist nicht unproblematisch und über dessen Potentiale und Grenzen muss reflektiert werden.

Der vorliegende Text folgt jedoch dem zweiten Zugang, weil das Forschungsinteresse sich auf das ‚Was wird erforscht‘ richtet. Die leitende Frage des Beitrags ist: *Über was forscht die (deutschsprachige) Politische Theorie und welche Begriffe werden im Fachdiskurs debattiert?* Dafür werden die Schlagworte aller *peer-reviewed* Forschungsartikel der *Zeitschrift für Politische Theorie (ZPTh)* seit ihrer Gründung 2010 genutzt. Diese müssen von den Autor*innen angegeben werden. Es ist eine intentionale Entscheidung, Schlagworte für den Text auszuwählen. Die Autor*innen haben ein Interesse, nicht zufällige oder völlig entfernte Schlagworte zu nutzen, sondern solche zu vergeben, die mög-

1 Für hilfreiche Kommentare zum Text möchte ich mich herzlich bei Andreas Busen, Malte Möck, Wolf Schünemann sowie Frauke Höntzsch als Redakteurin der ZPTh bedanken. Unter <https://www.budrich-journals.de/index.php/zpth> ist ein Online-Appendix verfügbar, der weitere Informationen zu den Daten enthält (DOI: <https://doi.org/10.3224/zpth.v1i1.02A>).

2 Ich verwende die Großschreibung für Politische Theorie, wenn es sich um die Disziplin handelt und die Kleinschreibung politische Theorie, wenn es sich um den Gegenstandsbereich handelt.

Mehr Dystopie wagen?

Zukunftsperspektiven einer politiktheoretischen Zukunftsforschung

*Eva Marlene Hausteiner**

Schlüsselwörter: Dystopie, Utopie, Realismus, Zukunftsdenken, Politische Theorie

Abstract: Sollte sich die Politische Theorie und Ideengeschichte mehr dem dystopischen Denken zuwenden? Der Beitrag argumentiert, dass der bisherige politiktheoretische Fokus auf Utopien im Sinne einer politiktheoretischen Zukunftsforschung um Dystopien ergänzt werden sollte, und zwar in mehrfacher Hinsicht: Einerseits handelt es sich bei Dystopien um einen gehaltvollen Gegenstand der ideengeschichtlichen Untersuchung und aktuellen Reflexion, der gerade aufgrund seiner handlungsmotivierenden Qualität mehr in den Fokus genommen werden sollte. Andererseits aber kann dystopisches Argumentieren und Erzählen selbst, in Form von Szenarienbildung und Gedankenexperimenten, als Modus politischen Denkens genutzt werden – wenn auch nur für manche Zwecke und unter Beachtung einiger Fallstricke.

Abstract: Should Political Theory and the History of Political Thought engage more with dystopian thought? The article argues that Political Theory's focus on utopianism should be accompanied by a focus on dystopianism on several levels. On the one hand, dystopian narratives are a worthwhile subject of historical and contemporary analysis, no least due to their effects on political action. On the other hand, dystopian arguments and narratives can themselves constitute a useful mode of political theorizing especially in realist Political Theory for instance through the plausible design of worst-case scenarios and thought experiments – as long as their appropriate function and their pitfalls are kept in mind.

1. Einleitung¹

In der gegenwärtigen Populärkultur führt kaum ein Weg an dystopischen Erzählungen vorbei. Romane, Filme und Serien entwerfen gesellschaftliche, politische und ökologische *worst-case*-Szenarien für alle Publikumssparten: Die Young-Adult-Serie *The Hunger Games* von Suzanne Collins imaginiert eine postapokalyptische Autokratie, Cormac McCarthys expressionistischer Roman *The Road* konturiert die grelle Einsamkeit einer entvölkert-kontaminierten Erde, Dave Eggers zeichnet in *The Circle* eine Welt freiwillig eingegangener digitaler Unfreiheit, und der Unterhaltungsroman *Fever* von Deon Meyer erzählt vom zivilisatorischen Wiederaufbau in Kleinstkommunen nach einem Massensterben durch ein Coronavirus – all dies mit großem kommerziellem Erfolg vor einem

* Eva Marlene Hausteiner, Universität Bonn
Kontakt: evahausteiner@uni-bonn.de

1 Ich danke den Teilnehmer*innen des Jubiläumssymposiums der ZPTh im September 2019 und insbesondere Harald Bluhm für die hilfreichen Anmerkungen.

Millionenpublikum.² Ursache dieser Dystopiekonjunktur ist nicht allein die Grusellust westlicher Wohlstandsgesellschaften: Aktuell herrscht dank Klimakatastrophe und Pandemie ein gesellschaftlich breites Interesse an der Beschäftigung mit unerwünschten Zukunftsaussichten – auch aus dem Wunsch heraus, derlei Szenarien gezielt zu verhindern.

Begleitet wird die populärkulturelle Dystopienkonjunktur³ von einer neuen Tonart der Dringlichkeit in der politischen Debatte, angestimmt insbesondere von *Fridays for Future* und *Extinction Rebellion*, die die Zukunft extrem krisenhaft imaginiert: als durch die Klimakatastrophe ausgelöstes Horrorszenario von Massenflucht, Infrastrukturzusammenbruch, Autoritarismus und Menschheitsauslöschung. Aus der Beschreibung als sich längst vollziehende „Katastrophe ohne Ereignis“ (Horn 2014: 111) bezieht der Klimaaktivismus seinen politischen Anspruch: Das Eintreten der Dystopie muss – und kann vielleicht gerade noch – verhindert werden.⁴ Fiktionale und reale Politik sind dabei diskursiv verknüpft (vgl. McCarthy 2020). Es ist in der gegenwärtigen Debatte durchaus gängig, politische Fehlentwicklungen mittels Vergleichen mit kanonischen fiktionalen *worst-case*-Szenarien anzuprangern: Autoritäre Tendenzen etwa evozieren 1984-Vergleiche, und Warnungen vor den Folgen von Gentechnik stützen sich schon seit längerem auf *Brave New World*-Referenzen.

Trotz dieser aktuellen Omnipräsenz dystopischen Denkens, Erzählens und Argumentierens in der gesellschaftlichen und politischen Debatte zeigt sich das Fach der Politischen Theorie und Ideengeschichte, mit wenigen Ausnahmen,⁵ eher dystopie-avers. Die Erforschung und theoretische Nutzung dystopischer Narrative und Szenarien sind wenig verbreitet. Dies ist umso erstaunlicher, weil einerseits wünschenswerte Zukunftsszenarien, also Utopien, systematisch wie ideengeschichtlich zum politiktheoretischen Kernbestand gehören⁶ und weil andererseits auch Figuren der Krise das Fach traditionell laufend beschäftigen. Es sind dagegen eher die Literatur- und Kulturwissenschaften und die Philosophie, die dystopisierendes Katastrophendenken systematisieren und reflektieren – dies betrifft nicht nur die Anthropozän-Debatte (vgl. u. a. Bajohr 2020), sondern auch die historische Zukunftsforschung (vgl. Seefried 2015; Hölscher 1999; 2017).

In der Frage der künftigen Horizontsetzungen und -erweiterungen unseres Faches will ich daher im Folgenden argumentieren, dass die Konzeptionalisierung von Zukunft und die Beschäftigung mit Zukunftsdenken hier zentral sein sollte – und insbesondere: dass die Politische Theorie und Ideengeschichte sich mehr mit Dystopien befassen sollte. Plädieren möchte ich dabei einerseits für die distanziert-reflektierende Analyse von Dystopien mit den Mitteln der Ideengeschichte; andererseits will ich aber auch anregen, die politiktheoretischen Potentiale und den Erkenntniswert dystopischen Denkens und Erzählens als Methode auszuloten – wenn auch mit der gebotenen Vorsicht.

-
- 2 Eine große Anzahl populärer dystopischer Romane wurde in den vergangenen Jahren kommerziell erfolgreich verfilmt. Es handelt sich also offenbar um eine Konjunktur dystopischer Erzählungen unabhängig vom medialen Format.
 - 3 Es handelt sich hierbei allerdings nicht um den ersten *dystopian turn*; Gregory Claeys verfolgt den Trend zur Dystopie plausibel deutlich weiter zurück: „[I]n the twentieth century dystopia becomes the predominant expression of the utopian ideal“ (Claeys 2010: 108). Allerdings arbeiten sich die Dystopien des 20. Jahrhunderts vor allem an den Gefahren des Totalitarismus ab, während die jüngere Welle dystopischen Denkens und Erzählens schwerpunktmäßig andere gesellschaftliche und ökologische Gefahren betont.
 - 4 Zum zugrundeliegenden politischen Zeitparadigma der Prävention vgl. Bröckling 2012.
 - 5 Insbesondere in der aktuellen britischen Ideengeschichte wird rege zu Dystopien und Utopien geforscht, unter anderem von Duncan Bell und Gregory Claeys.
 - 6 Neben den ideengeschichtlichen Klassikern seit Platon, Thomas Morus, Tommaso Campanella, Charles Fourier etc. ist bekanntlich auch die moderne politische Theorie durchaus utopieaffin.

Politische Theorie im Modus dystopischer Narrative

Kommentar zu „Mehr Dystopie wagen?“ von Eva Marlene Hausteiner

*Marcus Llanque**

Der Beitrag „Mehr Dystopie wagen?“ von Eva Marlene Hausteiner berührt einige Grundsatzzfragen politikwissenschaftlicher Forschung, darunter das Verhältnis von Politik und Literatur und die Frage des Umgangs mit Zukunftsmodellen. Sie sieht in der Literatur, aber auch in der aktiven Politik eine „Dystopiekonjunktur“ am Werk, die, angefeuert durch die erwartete Klimakatastrophe und die jüngste, weltumspannende Pandemie, in drastischer Eindringlichkeit Untergangsvisionen vermittelt. Wie soll die Politikwissenschaft im Allgemeinen, die Politische Theorie im Besonderen damit umgehen? Hausteiners Vorschlag lautet, die Politische Theorie solle sich eingehender mit solchen Dystopien beschäftigen. Auf der Suche nach einem konstruktiven Umgang mit Dystopien unterscheidet Hausteiner nach dystopischen Szenarien einerseits und dystopischen Erzählungen andererseits. Ersteres ist eine im Politischen Denken vertraute und etablierte Form des Umgangs mit Zukunft: „prognostische Krisenszenarien und realistische Gedankenexperimente“ erlauben es, Zukunftsentwicklungen in den Blick zu nehmen, ohne der wissenschaftlichen Erwartung nach Sicherheit der Vorhersage zu erliegen. Aus Hausteiners Sicht ist es fraglicher, wie mit dystopischen Erzählungen umzugehen ist. Hier sieht Hausteiner bei aller Vorsicht, wonach solche Narrative zwar „horizontenerweiternd“, aber immer auch „blickverengend“ wirken können, Chancen einer weiteren Anwendung des *narrative turns* in der Politikwissenschaft.

Der diskursive Leitbegriff hier ist „Dystopie“. Damit beginnen bereits die methodischen Probleme. „Dystopie“ ist ein Gattungsbegriff, der bestimmte Texte in einen diskursiven Zusammenhang stellt und damit in eine Nähe zueinander rückt, andere dagegen hiervon entfernt. Wenn es Untergangsszenarien sind, die Dystopien gegenwärtig auszeichnen, so stellt sich die Frage, wie sich dieser Diskurs zu Nachbardiskursen verhält, etwa zu Texten, in welchen Apokalypsen in den Mittelpunkt der Zukunftserwartung gestellt werden. Das würde auch jene Narrative einbeziehen müssen, die aus der Zukunftserwartung eine unmittelbare Legitimation drastischer Handlungsstrategien in der Gegenwart ableiten, vor allem in den USA (vgl. O’Leary 1994). Dazu gehören aber auch Texte, welche die weitere Entwicklung der Gesellschaft unter dem Eindruck revolutionärer technologischer Umbrüche und ihrer Folgen in epochalen Dimensionen schildern (vgl.

* Marcus Llanque, Universität Augsburg
Kontakt: marcus.llanque@phil.uni-augsburg.de

Menschheit als Argument

Politisches Handeln angesichts existenzieller Risiken

Cord Schmelzle*

Schlüsselwörter: existenzielle Risiken, Menschheitsargumente, Versicherheitlichung, Klimawandel, Autorisierung

Abstract: Dieser Beitrag zu einem Sonderheft zur Zukunft der Politischen Theorie fragt, wie sich unsere politischen Prozesse, Institutionen und Rechtfertigungsnarrative verändern, wenn die Überzeugung zunähme, dass der Fortbestand der menschlichen Zivilisation durch absehbare und verhinderbare Risiken existenziell bedroht ist. Im Anschluss an Theorien der Versicherheitlichung entwickelt er die These, dass „Menschheitsargumente“, die politisches Handeln mit dem Verweis auf den Schutz der menschlichen Zivilisation vor existenziellen Bedrohungen rechtfertigen, über ein einzigartiges Potenzial verfügen, politische Diskurse zu *entpluralisieren*, die Ausweitung staatlicher Befugnisse zu *autorisieren* und bestehende Institutionen zu *delegitimieren*. Die möglichen Wirkungen und das Missbrauchspotenzial dieser Mechanismen werden anhand der politischen Beziehungen zwischen den Bürger*innen, zwischen Staat und Bürger*innen und zwischen Staaten illustriert. Es zeigt sich, dass eine *Existenzialisierung der Politik* durch Menschheitsargumente auf allen drei Analyseebenen zu einer Destabilisierung bestehender politischer Institutionen führen kann – unabhängig davon, ob existenzbedrohende Risiken tatsächlich eintreten. Somit ist bereits der Anschein existenzieller Risiken eine konkrete Gefahr für demokratische Gemeinwesen, der es zu begegnen gilt.

Abstract: This contribution to a special issue on the future of political theory asks how our political processes, institutions, and justification narratives change if the conviction grows that the continued existence of human civilization is threatened by foreseeable and preventable risks. Drawing on theories of securitization, the paper argues that “arguments of humanity” that justify political action by referring to the protection of human civilization from existential threats have a unique potential to *de-pluralize* political discourses, *authorize* the expansion of state powers, and *delegitimize* existing institutions. The possible effects and the potential for abuse of these mechanisms are illustrated for political relations between citizens, between state and citizens, and between states. It is shown that an *existentialization of politics* through arguments of humanity has a considerable destabilizing potential for democratic political institutions on all three levels of analysis, regardless of whether the risks actually occur. Thus, even the appearance of existential risks is a concrete danger to democratic societies that has to be addressed.

* Cord Schmelzle, Goethe-Universität Frankfurt am Main
Kontakt: Schmelzle@em.uni-frankfurt.de.

1. Einleitung

Welche Zukunft hat die Politische Theorie?¹ Angesichts der prekären Lage der nicht-empirischen Geistes- und Sozialwissenschaften im Allgemeinen und der Theorie innerhalb der Politikwissenschaft im Besonderen ist man versucht, die Frage lakonisch mit „eine düstere“ zu beantworten. Diese Antwort würde jedoch das Erkenntnisinteresse der Herausgeber dieses Sonderhefts verfehlen. Ihre anlässlich des zehnjährigen Bestehens der ZPTh formulierte Frage nach dem Schicksal der Politischen Theorie in den nächsten 20 bis 50 Jahren zielt nicht auf die institutionelle Entwicklung des Faches, sondern auf seine künftigen Inhalte. Was sind die Themen, Probleme und Begriffe, die das theoretische Nachdenken über Politik in den nächsten Jahrzehnten umtreiben werden oder zumindest umtreiben sollten?

So ein Blick in die Glaskugel ist für die befragten Autor*innen reizvoll, aber nicht ohne Risiko. Im Gegensatz zu Wetter- oder Wirtschaftsprognosen ist die Schwierigkeit bei solchen Zukunftsszenarien² nicht so sehr, dass von ihnen erwartet wird, kommende Entwicklungen möglichst akkurat vorauszusagen, sondern dass sie etwas Interessantes zu Tage fördern sollten. Im Idealfall führt uns diese Art von Gedankenexperimenten etwas über unsere Gegenwart vor Augen, das wir zwar sehen könnten, aber noch nicht sehen. Ähnlich wie kontextualisierende Ansätze in der politischen Ideengeschichte können sie zeigen, in welchem Maße politische Werte, Problemwahrnehmungen und Rechtfertigungsnarrative von den sozialen, materiellen und normativen Hintergrundbedingungen des jeweiligen historischen Kontexts abhängen und sich wandeln, wenn sich diese Parameter verschieben (vgl. Mulgan 2011: ix–xi). Hierzu gilt es, eine feine Balance zwischen zwei Extremen zu halten: Szenarien können einerseits unterambitioniert sein, wenn sie sich zu wenig von den Fragen, Einstellungen und Problemen des Status quo entfernen, sodass sie zwar vielleicht zutreffende, aber triviale Bilder der Zukunft entwickeln. Andererseits können sie überambitioniert sein, wenn sie sich zu sehr von den materiellen und normativen Bedingungen der Gegenwart lösen, sodass die antizipierten Entwicklungen zwar vielleicht originell sind, uns jedoch irrelevant erscheinen. Die Mitte zwischen diesen beiden Extremen besteht dann darin, mögliche relevante Entwicklungen so zu überzeichnen, dass ihre Konturen auch aus der zeitlichen Distanz sichtbar werden.

Das Thema meines Beitrags zur Frage nach der Zukunft der Politischen Theorie ist der drohende Untergang der menschlichen Zivilisation, oder genauer gesagt, *die politische Bedeutung einer zunehmenden Überzeugung, dass der Menschheit der Untergang droht*. Im Anschluss an Nick Bostrom verstehe ich hier unter dem „Untergang der menschlichen Zivilisation“, dass die Menschheit tatsächlich ausstirbt oder ihre Entwicklungsmöglichkeiten permanent und drastisch beschnitten werden (vgl. Bostrom 2002; 2013: 15). Es ist bezeichnend für den Grad der gegenwärtigen politischen Polarisierung, dass dieser Themenwahl gleich beide der oben angedeuteten Fehler zur Last gelegt werden könnten: mangelnde Originalität *und* irrelevante Fantastik. Welcher dieser Vorwürfe überwiegt, hängt davon ab, welches Bedrohungsszenarium konkret erwogen wird. Während etwa das existenzbedrohende Potenzial künstlicher „Superintelligenzen“ (Bostrom 2014) oftmals eher dem Science-Fiction-Genre zugerechnet wird, ist diese Reaktion bei

1 Für hilfreiche Anregungen und Verbesserungsvorschläge danke ich Frauke Höntzsch, Andreas Oldenbourg und Emanuel Richter.

2 Zur Unterscheidung zwischen Prognosen und Szenarientwicklung vgl. Becker 1983.

Extensive Menschheitsfragen

Kommentar zu „Menschheit als Argument“ von Cord Schmelzle

*Emanuel Richter**

Anlässlich des Jubiläums der Zeitschrift für Politische Theorie ist die Frage in den Mittelpunkt gerückt worden, welche inhaltlichen Problemstellungen die Politische Theorie zukünftig prägen werden. Cord Schmelzle hat sich einem Aspekt dieser Frage gewidmet, der einleuchtend die größtmögliche Reichweite theoretischer Herausforderungen ins Blickfeld rückt: die Auseinandersetzung mit dem Szenario eines „Untergangs der menschlichen Zivilisation“. Für die ernsthafte Betrachtung solcher „Menschheitsfragen“ sprechen massive Schädigungen der natürlichen Umwelt, beträchtliche klimatische Veränderungen, aber auch drastische ökonomische und soziale Verwerfungen zwischen den Weltregionen, die zur Entvölkerung führen, und zuletzt Phänomene wie eine lebensbedrohliche, schier grenzenlose Virus-Pandemie, die ein fundamental gestörtes Verhältnis zwischen dem Menschen und der Tierwelt anzeigt. Insofern wird die Menschheit in ihrem Fortbestand berechtigt zu einem Thema in jenen Diskursen, die auf eine Auseinandersetzung mit theoretisch relevanten Grundsatzfragen zeitgenössischer Gesellschaften zielen. Schmelzle widmet sich der theoretisch relevanten Frage, welche Auswirkungen eine so existenziell gestellte Menschheitsfrage auf politisches Handeln, auf politische Institutionen und auf die Verständnisse der Politik haben könnte.

Er sieht sich zur Warnung vor einer „Existenzialisierung der Politik“ veranlasst: Im Rahmen der verzweifelten Versuche zu Krisenbewältigung könnten sich undemokratische Legitimationsmuster und autoritative Führungsstrukturen politischer Herrschaft ausbreiten. Anhand des globalen Diskurses zur „Versicherheitlichung“ verdeutlicht Schmelzle, dass ein existenzielles Narrativ unversehens dazu führen kann, die reflexive Auseinandersetzung damit zu „entpluralisieren“, also alternative Betrachtungsweisen und Handlungsoptionen einzuschränken und damit „autoritäre“ Strukturen der öffentlichen Bedrohungseinschätzung und des kollektiven Umgangs damit zu etablieren. Demokratische Verständigungsprozesse werden dadurch beeinträchtigt, den Bürgerinnen und Bürgern werden restringierte Verhaltensnormen auferlegt, Freiheitsrechte werden eingeschränkt, staatliche Verfügungsgewalt wird im Sinne eines repressiven Sicherheitsstaats ausgeweitet. Die Gefahren, die Schmelzle hinsichtlich der möglichen politischen Auswirkungen von existenziellen Menschheitsdiskursen aufzeigt, bleiben zweifellos ernst zu nehmen. Die Ausei-

* Emanuel Richter, RWTH Aachen
Kontakt: richter@ipw.rwth-aachen.de

Politische Theorie für das urbane Zeitalter

Ein Plädoyer für die Wiederentdeckung der Städte als demokratische Handlungsräume

*Verena Frick**

Schlüsselwörter: Demokratie, Globalisierung, Partizipation, Raum, Stadt, Urbanität

Abstract: Das 21. Jahrhundert wird nach verbreiteten Prognosen das ‚Jahrhundert der Städte‘. Städte werden sich im Zuge der Globalisierung zu zentralen politischen Handlungsräumen entwickeln. Die demokratischen Hoffnungen, die angesichts dessen derzeit in Städte gesetzt werden, sind groß. Vor diesem Hintergrund argumentiert der Beitrag, dass sich die Politische Theorie der Stadt zuwenden sollte, da sie im urbanen Zeitalter neue Relevanz für die Stabilisierung demokratischer Ordnungen gewinnen kann. Für die Politische Theorie stellt sich damit die Aufgabe, städtische Demokratiepotenziale auszuloten und eine Theorie der demokratischen Stadt zu entwickeln.

Abstract: According to forecasts, the 21st century will become the urban age. As of 2050, approximately 70 percent of the world’s population will live in cities. The rise of cities in the 21st century challenges modern democratic theory’s focus on statist conceptions of democracy; subnational democracy is normally outside the focus of mainstream democratic theory. Therefore, contemporary democratic thinking risks not only to lose touch with changing political realities but, at the same time, fails to provide normative standards for a critical assessment of cities’ democratic potential. Against this backdrop, the article argues for a political theory of the city and points out prospects for future research.

Von der politischen Theorie bislang weitgehend unbemerkt, vollzieht sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Renaissance eines im Zuge der neuzeitlichen Verstaatlichung der Politik weithin vergessenen politischen Handlungsraums. Nach übereinstimmenden Prognosen stehen wir derzeit am Beginn des ‚Jahrhunderts der Städte‘ (vgl. Clark / Moonen 2016). Hochrechnungen der OECD zufolge werden im Jahr 2050 siebzig Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben, noch 1950 war der Anteil der Städter an der Weltbevölkerung weniger als halb so groß (vgl. OECD 2016). Kennzeichen der Urbanisierung des 21. Jahrhunderts ist ihre globale politische Dimension. Mit Blick auf die internationale Ordnung wird bereits die Herausbildung einer sogenannten „novel trinity: World – State – Locality“ diagnostiziert, die die Staatendominanz relativiert und die staatliche Souveränität weiter auffächert (Blank 2006: 889; Aust 2013: 699). Verstädterung meint nicht

* Verena Frick, Georg-August-Universität Göttingen
Kontakt: verena.frick@uni-goettingen.de

mehr nur das lokale Städtewachstum, die infrastrukturelle Erschließung des ländlichen Raums und die soziale Urbanisierung der Lebensformen. Städte gewinnen im Zuge der Globalisierung in politischer und ökonomischer Hinsicht an Bedeutung und sind im Begriff einen transnational vernetzten Handlungsraum auszubilden.

Bislang konzentrierte sich die Thematisierung und politiktheoretische Durchdringung entsprechender Handlungsräume auf den Staat oder die internationale Ordnung. Auf beiden Ebenen ist demokratisches Handeln – verstanden als jene institutionellen, kollektiven und individuellen Praktiken, die auf die grundlegenden demokratischen Funktionen Inklusion, kollektive Willensbildung und kollektiv verbindliche Entscheidungsfindung gerichtet sind¹ – in eine Krise geraten: Die Entstehung eines demokratiearmen oder bisweilen sogar als autoritär bezeichneten Liberalismus auf staatlicher und noch mehr auf supra-staatlicher Ebene gilt weitgehend unbestritten als spätmoderne Pathologie demokratischer Ordnungen (vgl. Jörke 2019; Mounk 2018; Mouffe 2018; Zürn 2011). In den Fokus gerät damit die Dominanz von Bürokratien, Exekutiven sowie nichtmajoritärer Institutionen wie Gerichte oder Zentralbanken, die sich zur Rechtfertigung ihres Handelns vornehmlich auf scheinbar alternativlose Sachzwänge, Expertise, ökonomische Imperative oder den Schutz von Individualrechten berufen. Sie drohen, Partizipation, kollektive Entscheidungsfindung und öffentliche Auseinandersetzungen über Alternativen zu verdrängen und das demokratische Versprechen politischer Teilhabe zu untergraben.

Auf ihrer Suche nach verbliebenen oder zu schaffenden demokratischen Handlungsräumen hat sich die Politische Theorie in den vergangenen Jahrzehnten vor allem auf die Frage ‚staatlich versus suprastaatlich‘ konzentriert. Damit sind jedoch demokratische Räume jenseits dieser Zweiteilung aus ihrem Blick geraten. Dagegen möchte ich im Folgenden die These vertreten, dass sich die Politische Theorie der Stadt zuwenden sollte, sie kann im urbanen Zeitalter neue Relevanz für die Stabilisierung demokratischer Ordnungen gewinnen. Für die Politische Theorie stellt sich damit die Aufgabe, städtische Demokratiepotenziale auszuloten und eine Theorie der demokratischen Stadt zu entwickeln. Diese These soll knapp in drei Schritten erläutert werden: Zunächst wird die Frage nach dem geeigneten Raum der Demokratie vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Demokratiekrise skizziert. Sodann sollen in einem zweiten Schritt mögliche Chancen beleuchtet werden, die die Renaissance der Städte mit sich bringt. Abschließend werden Forschungsdesiderata und Leitfragen einer politischen Theorie der Stadt formuliert.

1. Demokratiekrise und der Verlust demokratischer Handlungsräume

Die Augen der Politischen Theorie wieder auf die Stadt zu richten bedeutet, eine alte Frage unter den Vorzeichen des 21. Jahrhunderts neu zu stellen: In welchem Raum können wir Demokratie am besten verwirklichen, in Stadtrepubliken wie der antiken Polis, in Metropolen, Regionen, Staaten oder gar im Weltmaßstab? Dass diese Frage letztlich in ein Dilemma der Größe führt, hat Robert Dahl anschaulich gezeigt (vgl. Dahl 1967). Je größer wir den politischen Raum skalieren, desto größer scheint zwar zunächst die Problemlösungskapazität des politischen Systems, zugleich aber nehmen die demokratischen

1 Mark Warren, auf den ich mich hier beziehe, unterscheidet „seven kinds of generic political practices: recognizing, resisting, deliberating, representing, voting, joining, exiting“ (Warren 2017: 47 ff.).

Städte sind keine Inseln

Kommentar zu „Politische Theorie für das urbane Zeitalter“ von Verena Frick

*Dirk Jörke**

Verena Frick weist in ihrem Beitrag auf die wachsende Bedeutung von (großen?) Städten hin und fordert von der Politischen Theorie, dass diese sich stärker mit der lokalen Ebene der Politikgestaltung und deren demokratischen Potentialen beschäftigen soll. In der Tat leben immer mehr Menschen in Städten. Auch stimme ich darin mit ihr überein, dass die Politische Theorie und insbesondere die Demokratietheorie den städtischen Raum in den vergangenen Jahrzehnten nicht hinreichend beachtet hat – eine bekanntere Ausnahme findet sich bei Barber (2013). Während nämlich eine intensive Debatte über die Möglichkeiten der Demokratisierung supranationalen oder gar globalen Regierens – wenn auch mit wachsender Ernüchterung – geführt wurde, ist die lokale Ebene bislang nur spärlich demokratietheoretisch diskutiert worden. Insofern ist der Argumentation von Verena Frick grundsätzlich zuzustimmen. Demokratie findet auch auf der lokalen Ebene statt und das vielleicht im zunehmenden Maße.

Zugleich wird nicht völlig klar, welches Gewicht Verena Frick dem städtischen Raum gegenüber der regionalen, der nationalstaatlichen und der suprastaatlichen bzw. globalen Ebene zugestehen möchte, etwa mit Blick auf die Steuergesetzgebung, die Energieversorgung oder auch die Regulierung der Kapitalzu- und abflüsse. Auch über die Einbindung in die anderen Ebenen des Regierens, etwa im Rahmen föderaler Arrangements oder vielleicht auch rätendemokratischer Institutionen, erfahren wir wenig. Auf diese und ähnliche Einwände würde Verena Frick vermutlich antworten, dass eben dies Gegenstand des von ihr skizzierten Forschungsprogramms sei. Gerade aus ideengeschichtlicher Perspektive dürfte dieses ergiebig sein, man denke nur an Autoren wie Althusius und seinen Überlegungen zur Konsoziation oder auch an Gustav Landauers Plädoyer für einen „radikalen Föderalismus“. Hier sind in der Tat noch einige Schätze für die politikwissenschaftliche Forschung wieder aus dem ideenhistorischen Archiv hervorzuholen. Allerdings habe ich Zweifel, ob diese Fundstücke aus dem Archiv denn auch für das politiktheoretische Laboratorium (Münkler) oder Arsenal (Llanque) geeignet sind. Aus meiner Sicht sprechen mindestens drei Argumente gegen zu hohe demokratietheoretische Erwartungen an die Stadt.

* Dirk Jörke, TU Darmstadt
Kontakt: joerke@pg.tu-darmstadt.de

Die Zukunft der Politischen Theorie in der Deutungskonkurrenz mit der Ökonomik

*Sebastian Huhnholz**

Schlüsselwörter: Ökonomik, Interdisziplinarität, Politische Ökonomie, Liberalismus, Marktwirtschaft

Abstract: Vor dem Hintergrund jüngerer real-, finanz- und weltwirtschaftlicher Krisen ist der Politischen Theorie wirtschaftsanalytische Kompetenz gelegentlich abgesprochen worden. Und tatsächlich weist die wirtschaftspolitische Analysefähigkeit der derzeitigen Politischen Theorie manche Mängel auf. Ihr bei Wirtschaftsthemen vergleichsweise geringer Einfluss in Politik und Bildung ist aber auch auf ihr kritisches Potential zurückzuführen, Grundannahmen und Schlussfolgerungen der Ökonomik zu hinterfragen. Dafür sucht der Beitrag nach konstruktiven „Deutungskonkurrenzen“ zwischen Politischer Theorie und Ökonomik. Dabei stellt er nicht normative oder fachspezifisch isolierte Deutungsdifferenzen aus, sondern identifiziert interdisziplinäre Schnittmengen. Dadurch werden verschiedene Sichtweisen der Disziplinen auf gemeinsame Beobachtungs- und Problembereiche erkennbar. Dazu zählt etwa die Frage, ob sich moderne ökonomische Modelle und Theorien wirtschaftlichen Handelns ohne systematische Zugrundelegung liberaldemokratischer Normen und Institutionen überhaupt konzipieren lassen. Eine Schlussfolgerung ist, dass die moderne Wirtschaftslehre ohne einen historisch und kulturell höchst voraussetzungsvollen politischen Ökonomiebegriff nicht zu haben ist.

Abstract: In light of recent economic and financial crises, political theory has occasionally been denied competence in economic analysis. And indeed, current political theory's ability to analyze economic policy has some shortcomings. However, its rather limited influence on economic issues in politics and education is also due to its critical potential to question basic assumptions and conclusions of economics. To this end, this article looks for differences of interpretation between political theory and economics. In doing so, it does not expose normative or subject-specific isolated differences of interpretation, but identifies interdisciplinary intersections. In this way, different perspectives of the disciplines on common areas of observation and problems can be identified. This includes, for example, the question of whether modern economic models and theories of economic action can be conceived at all without systematically basing them on liberal democratic norms and institutions. One conclusion is that modern economic theory cannot be conceived without a historically and culturally highly presuppositional political concept of economics.

* Sebastian Huhnholz, Leibniz Universität Hannover
Kontakt: s.huhnholz@ipw.uni-hannover.de

1. „It's the Economy, stupid“?¹

Vor dem Hintergrund jüngerer real-, finanz- und weltwirtschaftlicher Krisen ist der Politischen Theorie wirtschaftsanalytische Kompetenz gelegentlich abgesprochen worden.² Das bräuchte angesichts der sozialwissenschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen, zwischen Politologie und Ökonomik, nicht als Vorwurf verstanden werden, würden Wirtschaftsdynamiken dieser Jahrzehnte nicht in politische, insbesondere demokratische fiskal- und wirtschaftspolitische Legitimationskrisen münden, für deren zukunfts-gestaltende Lösungen sich die Politische Theorie selbst dann einsetzen und interessieren muss, falls sie keine eigene, analytisch geschlossene Interpretation dazu anzubieten hat (vgl. Manow 2019; Jörke 2019; Biebricher 2019). Denn nicht nur die Macht, mit der ökonomische Verhältnisse sowohl materiell und direkt (zum Beispiel Existentielles, vermögensabhängige Gestaltungshierarchie und Partizipationschancen, globalisierter Standortwettbewerb etc.) wie auch kulturell und indirekt (zum Beispiel lebensweltliche Kommerzialisierung, Vermarktlichung und Rationalisierung) politische Entscheidungsarenen und soziale Beziehungen strukturieren, erfordert eine ständige kritische Auseinandersetzung mit entsprechend handlungsanleitenden Deutungs- und Sozialisationsmustern.³ Auch die grundsätzlichere Frage Claus Offes bleibt politiktheoretisch relevant, inwieweit etwaige Intensivierung oder Verbesserung von als eigentlich krisentreibend identifizierten wirtschaftszentrierten Orientierungs- und Bewertungsmustern als politisch legitimierungsbedürftige Krisenlösungs- oder Problembewältigungsstrategie akzeptabel sein können (vgl. Borchert / Lessenich 2016; Streeck 2013b).

Zu hoffen, entsprechende Stellungnahmen könnten die Politische Theorie auf Augenhöhe mit den gesellschaftspolitisch ungleich einflussreicheren Wirtschaftswissenschaften bringen,⁴ wäre wohl naiv, wenn nicht vermessen. Dennoch sollte einerseits nicht verkannt werden, dass die Wirtschaftswissenschaften sich angesichts ihrer – von den ökonomisch dysfunktionalen Krisenrealitäten, der rettungsfiskalischen Staatsbedürftigkeit der Finanz-

- 1 Teile dieses Diskussionsbeitrags gehen auf ein Symposium anlässlich des zehnjährigen Bestehens der „Zeitschrift für Politische Theorie“ im September 2019 an der Humboldt-Universität zu Berlin zurück. Für die Einladung nebst Themenstellung danke ich vor allem den Zeitschriftenherausgebern und Felix Wassermann, für konstruktive Kommentare und Diskussionen allen Beteiligten, insbesondere aber Bernd Ladwig.
- 2 Zum Beispiel durch Vogl 2015; Sloterdijk 2010; Wegner 2015; verallgemeinernd Jesse (2018: 96): „bemerkenswert praxisfern“; breiter Überblick mit kritischem Fazit, die normative Politische Theorie möge sich der „Ökonomie zuwenden“, durch Frank Nullmeier (2013: 454). Auch Fritz Söllner et al. (2018: 77, 72) diagnostizieren „Marktvergessenheit“: der „Mainstream der Politischen Theorie als politikwissenschaftlicher Teildisziplin ist in den letzten 30 Jahren – zumindest in Deutschland – eher ökonomievergessen gewesen.“
- 3 Als exemplarische Krisenanalyse vgl. zunächst nur Brunkhorst 2012.
- 4 Umfassende Nachweise müssen hier unterbleiben; unmittelbar für den deutschen Kontext kann etwa die Formalisierung von Beratung in Gestalt wissenschaftlicher Beiräte der Bundesministerien erwähnt werden. Quantitativ sei nur auf die im deutschen Hochschulvergleich zehnfache Personalstärke der Wirtschafts- gegenüber der Politikwissenschaft verwiesen (vgl. Statistisches Bundesamt 2018a: 24), auf die etwas über dreifache Studierendenzahl (vgl. Statistisches Bundesamt 2020), knapp achtfache Ausgaben und eine etwa fünffache Drittmittelmenge (vgl. Statistisches Bundesamt 2018b: 84). Neben der Selbstwahrnehmung der Fächer (vgl. zum Beispiel John 2013; Streeck 2011; DVPW o. J.) behindert allerdings im auch international ausgreifenden Vergleich die disziplinäre Überlappung durch das Feld der Politischen Ökonomie eine exakte Trennung (vgl. Hirschman / Popp Berman 2014; ferner Haucap / Thomas 2014, sowie die vergleichende US-Datensammlung Data USA (o. J.)).

Kein Fenster zum Hof

Kommentar zu Sebastian Huhnholz' Blick in die Zukunft der Politischen Theorie in der Deutungskonkurrenz mit der Ökonomie

André Brodocz*

1. Ansicht: Die produktive Deutungskonkurrenz von Politischer Theorie und Ökonomik

In Alfred Hitchcocks Film *Das Fenster zum Hof* beobachtet der Journalist L. B. „Jeff“ Jeffries durch sein Fenster zum Hof das Treiben seiner Nachbarn. Ein Nachbar verhält sich eines Nachts besonders verdächtig. Nachdem tags darauf dessen Ehefrau verschwunden ist, kann sich Jeff die Geschehnisse nur mit einer Theorie erklären: Die Frau ist weg, weil der Nachbar sie ermordet hat. Jeff hat einen Freund, Thomas J. „Tom“ Doyle, der ist nicht Fotograf wie Jeff, sondern Polizist. Von Berufs wegen kennt sich Tom mit Mord und Totschlag bestens aus, weshalb Jeff sich mit seiner Theorie an ihn wendet. Nach anfänglichem Widerwillen nimmt sich Tom der Sache an und sammelt Daten. Aus Toms Sicht können diese Daten aber Jeffs Theorie nicht bestätigen. Für weitere Hilfe bei den Ermittlungen steht er Jeff deshalb nicht mehr zur Verfügung.

Ähnlich wie Jeff schaut auch Sebastian Huhnholz durch das Fenster der Politischen Theorie in den Hinterhof der Gesellschaft. In der gegenüberliegenden Wohngemeinschaft der Wirtschaft mit der Politik geht es hoch her. Immer wieder kommt es zu Konflikten. Beide machen sich Vorwürfe. Beide verhalten sich erratisch. Die Politik ist Huhnholz gut bekannt; auch weil er von seinem Fenster so einen guten Blick in ihr Zimmer hat. Die Wirtschaft kommt ihm verdächtig vor. In das Zimmer der Wirtschaft lässt sich vom Fenster der Politischen Theorie jedoch weniger gut blicken. Nicht immer sind die Vorhänge auf; nicht immer wird das Licht angemacht. Immerhin taucht die Wirtschaft immer wieder im Zimmer der Politik auf. Dort scheint sie so manches Mal verzweifelt und lässt sich von der Politik mit Investitionsprogrammen und Rettungsschirmen trösten. Ein anderes Mal erscheint sie im Zimmer und bedient sich hinterrücks an den Steuerschlupflöchern der Politik, ohne dass diese etwas davon mitkriegt. Auch gibt es Tage, an denen die Politik allein zu Hause ist; dann erscheint sie zunehmend verdrossen. Die Wutbürger, die in die Etage darunter neu eingezogen sind, machen zudem permanent Lärm.

Im Elfenbeinturm der Wissenschaft wird die ganze Etage unter dem Appartement der Politischen Theorie von der Wirtschaftswissenschaft, der „Ökonomik“, bewohnt. Sie besitzt als ganze Disziplin mehr Fenster zum Hof als die Teil-Disziplin der Politischen Theorie; und es scheint so, als ob sich die Wirtschaftswissenschaft mit der Wirtschaft aus pro-

* André Brodocz, Universität Erfurt
Kontakt: andre.brodocz@uni-erfurt.de

Zur Idee einer Nachhaltigen Politischen Theorie

Andreas Busen*

Schlüsselwörter: Politische Theorie, Nachhaltigkeit, Theorie und Praxis, Realismus, Zukunft

Abstract: Der Beitrag diskutiert das Verhältnis der Politischen Theorie zu einem zentralen Begriff des gegenwärtigen Nachdenkens über Zukunft (und entsprechenden Praktiken): ‚Nachhaltigkeit‘. Dabei wird zunächst eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der politiktheoretischen Beschäftigung mit Nachhaltigkeit vorgenommen. Aufbauend darauf werden zwei grundlegende Thesen entwickelt: Erstens beschäftigt sich die Politische Theorie nämlich nicht nur bereits mit einer Vielzahl zentraler Aspekte der Nachhaltigkeitsdebatte, sondern kann durch ihre spezifische Perspektive die Rolle einer Reflexionsinstanz innerhalb dieser Debatte einnehmen. Zweitens erweist sich auch für die kritische Selbstreflexion ebendieser Rolle die Auseinandersetzung mit ‚Nachhaltigkeit‘ als fruchtbar, nämlich als Ausgangspunkt für die Idee einer Nachhaltigen Politischen Theorie.

Abstract: In this paper, I look at the way Political Theory has engaged with a concept that is at the heart of current thought about the future, namely ‘sustainability’. I begin by taking stock of the ways in which Political Theory has traditionally been approaching the concept. I then take this as the starting point for developing two main theses: Firstly, I argue that not only does contemporary Political Theory already provide a number of important perspectives on sustainability, but that it may actually be particularly suited to act as an instance of critical reflection for the debate about sustainability overall. Secondly, engaging with sustainability may also provide Political Theory with the resources necessary for critical self-evaluation – namely by way of informing the idea of a Sustainable Political Theory.

Wo es um eine auf die Zukunft ausgerichtete Analyse, Bewertung und Orientierung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher wie auch politischer Verhältnisse und Entwicklungen geht, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in wissenschaftlichen Debatten, in der (politischen) Praxis und allen dazwischen liegenden Sphären und Diskursen ‚Nachhaltigkeit‘ zu einem, wenn nicht sogar *dem* zentralen Bezugspunkt entwickelt. Entlang der Bezugnahme(n) auf Nachhaltigkeit, so ist jüngst entsprechend treffend konstatiert worden, lassen sich die gegenwärtigen „Imaginationen von Zukunft“ ablesen (Adloff / Neckel 2019). Für die Politische Theorie – so sie zur Gestaltung und/oder Reflexion zukunftsorientierter Perspektiven und Entwicklungen beizutragen beansprucht – mag das Anlass zum Nachdenken darüber geben, welchen spezifische(n) Perspektive(n) sie auf das Thema ‚Nach-

* Andreas Busen, Universität Hamburg
Kontakt: andreas.busen@uni-hamburg.de

haltigkeit‘ beizutragen vermag, und inwiefern sie möglicherweise bereits selbst Vorstellungen über die Zukunft mitprägt. Im Folgenden sollen hierzu einige Überlegungen angestellt und dabei insbesondere ausgelotet werden, was von der Idee einer Nachhaltigen Politischen Theorie zu halten ist.¹ Eine erste und unmittelbare Reaktion hierauf könnte in der kritischen Nachfrage bestehen, ob hier nicht einfach eine allgegenwärtige Begriffshülse aus ‚Modegründen‘ vor den Karren der Politischen Theorie gespannt wird (oder – noch schlimmer – andersherum). Entgegen solcher Befürchtungen hoffe ich zeigen zu können, dass sich aus einer Auseinandersetzung mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs für die Politische Theorie mindestens zwei wichtige Impulse gewinnen lassen. Dies betrifft, so werde ich argumentieren, zwei Dimensionen, nämlich *erstens* den Gegenstand beziehungsweise die Gegenstände, mit denen sich die Politische Theorie zukünftig (auch) auseinanderzusetzen hat (Abschnitt 2), und *zweitens* das Produkt beziehungsweise die Produkte der Politischen Theorie – also Politische Theorien – und die Frage, in welcher Form diese selbst nachhaltig sein können (Abschnitt 3). Bevor ich diese Argumentation ausführlicher darstelle und in wenigstens einigen Details entwickle, soll aber zunächst ein knapper (Rück-)Blick auf die Nachhaltigkeitsdebatte und ihre Folgen geworfen werden (Abschnitt 1).

1. Nachhaltigkeit und Politische Theorie

Auf den ersten Blick mögen mindestens zwei Gründe nahelegen, dass eine Auseinandersetzung mit dem Thema ‚Nachhaltigkeit‘ für die Politische Theorie entweder nur wenig Potenzial aufweist oder aber nachgerade abzulehnen ist. Wo *erstens* mit Nachhaltigkeit in erster Linie ökologische Fragen in Verbindung gebracht werden, deuten sich zwar spezifische ‚Schnittmengen‘ mit der Politischen Theorie – wie Klimagerechtigkeit oder die Frage nach den Besitzrechten an natürlichen Ressourcen – an, während es für die Breite der gegenwärtigen Politischen Theorie aber kaum Anknüpfungspunkte zu geben scheint.² Gravierender ist aber *zweitens* die eingangs bereits angedeutete und weitverbreitete Einschätzung, dass es sich bei ‚Nachhaltigkeit‘ inzwischen um wenig mehr als eine „Worthülse“ handelt, mit der „alles, was uns edel, hilfreich und gut erscheint“ (Renn et al. 2007: 9) referenziert wird. Wo auf der einen Seite die von einer Vielzahl von Akteuren aus Wissenschaft, Politik und anderen Bereichen getragene Nachhaltigkeitsdebatte die Bedeutung des Begriffs immer weiter ausdifferenziert und sich auf der anderen Seite praktisch jedes (Groß-)Unternehmen – sei es als wettbewerbsinduzierte Imagepolitik oder als *whitewashing* – dem Nachhaltigkeitsideal verpflichtet, scheint ‚Nachhaltigkeit‘ sowohl eines Begriffskerns zu entbehren als auch beinahe beliebig ideologisch besetzbar zu sein. Kritischen Stimmen gilt Nachhaltigkeit gar spezifisch als eine Formel, mit der „eine

1 Für die sehr grundsätzlichen und kritischen Nachfragen bin ich den Teilnehmerinnen des Symposiums in Berlin dankbar. Von den gleichermaßen kritischen Rückmeldungen im Kolloquium „Europa und Moderne“ in Hamburg habe ich ebenso erheblich profitiert.

2 Damit soll keinesfalls gesagt sein, dass die Vertreter:innen eines – wie es bisweilen heißt – „ökologischen politischen Denkens“ auf dem Holzweg wären. Im Gegenteil gebührt ihnen das Verdienst, frühzeitig die politiktheoretische Bedeutung von Nachhaltigkeit erkannt und bereits in den siebziger und achtziger Jahren eine wichtige, kritische Perspektive auf den Umgang mit natürlichen Ressourcen, die Risiken neuer Technologien und verwandte Themen entwickelt zu haben (vgl. Stein 2016). Ich konstatiere hier lediglich, dass eine solche Perspektive innerhalb der zeitgenössischen politischen Theorie eher eine Nische besetzt. Gleichzeitig, so werde ich im Folgenden argumentieren, erschöpft sich das Thema Nachhaltigkeit aber politiktheoretisch nicht in einem solchen ökologischen politischen Denken.

Nachhaltigkeit und Politische Theorie

Kommentar „Zur Idee einer Nachhaltigen Politischen Theorie“ von
Andreas Busen

*Tine Stein**

Das 10jährige Bestehen der Zeitschrift für Politische Theorie ist in sich selbst ein wichtiges Element, um die Politische Theorie und Ideengeschichte als politikwissenschaftliche Teildisziplin nachhaltig in der Disziplin zu verankern. Zu Zeiten der Gründung der ZPTh gab es durchaus einige bedenkliche Entwicklungen, insbesondere hinsichtlich der Ausschreibung von Professuren, deren Denominationen erkennen ließen, dass es keinen weit hin geteilten Konsens mehr über die Existenzberechtigung dieses Teilgebiets im Fach gab. Dies hat sich zum Glück als Trend nicht verdichtet. Damit das Teilgebiet sich auch in Zukunft behaupten kann und seine Notwendigkeit in der Disziplin wie auch gesellschaftlich einleuchtet, bleiben wir aufgerufen, unser Feld – ganz im Sinne einer nachhaltigen Bewirtschaftung – gut zu pflegen und das heißt auch weiterzuentwickeln. Neben der Pflege des archivalischen Bestandes ist hierfür immer auch der Blick ins Laboratorium der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen notwendig, und beides muss sich in den Curricula der Bachelor- und Masterstudiengänge widerspiegeln. Welche Texte und AutorInnen zum Kanon der Politischen Theorie und Ideengeschichte gehören, wie dieser Kanon immer wieder zu überarbeiten ist, auf der Basis der Kriterien von Innovation, Kohärenz und Originalität und nicht zuletzt auch des Kennen-Müssens, um die Traditionslinien zu verstehen; welche systematisch-problemorientierten Fragestellungen wir den Studierenden nahebringen; und vor allem mit welchen Methoden wir arbeiten: also wie wir Texte lesen, Diskurse (gegenwärtige wie vergangene) analysieren, Begriffe definieren, wie wir dabei die Forschung aus den anderen Teilgebieten und auch anderen Fächern rezipieren – diese Aspekte und noch weitere sollten uns in einem Meta-Diskurs der Selbstreflexion unserer Teildisziplin stets begleiten. Die ZPTh hat seit ihrem Bestehen Wesentliches zu diesem Diskurs beigetragen und damit auch dazu, dass die Politische Theorie und Ideengeschichte gut – eben nachhaltig – in der Politikwissenschaft und in der interessierten Öffentlichkeit verankert ist.

In diesem Sinne lässt sich „Nachhaltigkeit und Politische Theorie“ also als eine bestimmte reflexive Qualität, mithin als eine wissenschaftsimmanente Anforderung verstehen, wie sich die Teildisziplin verortet. Im Unterschied zu dieser Wie-Frage kann mit

* Tine Stein, Georg-August-Universität Göttingen
Kontakt: tine.stein@uni-goettingen.de

Covid-19-Pandemie und soziale Freiheit

Frank Nullmeier*

Schlüsselwörter: Freiheit, Diskriminierung, Sozialstaat, Präventionsstaat, Steuerung

Abstract: Der Begriff der Freiheit wird in der Covid-19-Pandemie häufig gegen einen Staat in Stellung gebracht, der aus Gründen des Infektionsschutzes gravierend in die Gestaltung des Alltagslebens der Bürger*innen eingreift. In der Auseinandersetzung um den Freiheitsbegriff dürfte sich entscheiden, welche staatlichen Maßnahmen legitimierbar sind. Ein Verständnis von Pandemie und Pandemie-Bekämpfung ist jedoch auf der Basis eines liberalen Freiheitsbegriffs nicht angemessen möglich, der Unfreiheit erst mit der staatlichen Intervention entstehen sieht. Die Freiheits-Frage stellt sich aber bereits beim Ausbruch der Pandemie, also vor aller staatlichen Intervention. Pandemie als sozio-naturaler Zustand ist per se Unfreiheit. Stattdessen ist ein sozialstaatliches Freiheitsverständnis zu entwickeln, das es erlaubt, staatliche Intervention zunächst als Reaktion auf einen Zustand der Unfreiheit zu verstehen. Der Beitrag analysiert detailliert das Spektrum möglicher Formen gesellschaftlicher und politischer Steuerung in Zeiten der Covid-19-Pandemie. Der in der Bundesrepublik Deutschland eingeschlagene Weg staatlich-appellativer Steuerung konkurriert mit Steuerungsmodellen einer Diskriminierung nach Risikogruppen und einer digitalen Präventionsstaatlichkeit, beide mit bedenklichen Folgen für die Freiheit des Einzelnen. Eine angemessene Steuerungsform, die auch Umstellung der Infektionsschutzpolitik von einer polizeirechtlichen zu einer sozialpolitischen Regulierung impliziert, muss auf ein sozialstaatlich ausgerichtetes Verständnis von Freiheit gegründet werden, das seine letzte Verankerung im Begriff sozialer Freiheit hat.

Abstract: In the Covid-19 pandemic, the concept of freedom is often placed against a state, which, for reasons of infection control, seriously interferes in the organization of citizens' everyday lives. The debate on freedom is expected to determine the extent to which state measures can be legitimized. An understanding of pandemic and pandemic control is not adequately possible on the basis of a liberal concept of freedom, which sees a lack of freedom as resulting solely from state intervention. The question of freedom, however, arises at the outbreak of the pandemic, before any state intervention. Pandemic as a socio-natural condition is per se a lack of freedom. Instead, a concept of welfare state freedom must be developed that allows to understand state intervention initially as a reaction to a state of unfreedom. The article analyzes in detail the spectrum of possible forms of social and political governance in times of the Covid-19 pandemic. The path of governmental-appellative governance adopted in the Federal Republic of Germany competes with governance models of discrimination according to risk groups and a digital prevention state, both with alarming consequences for the freedom of the individual. An appropriate form of governance, which also implies an institutional restructuring of infection control policy, must be based on an understanding of freedom that has its horizon in a concept of social freedom.

* Frank Nullmeier, Universität Bremen
Kontakt: frank.nullmeier@uni-bremen.de

1. Einleitung

Die politischen Debatten um Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie reproduzieren zumeist bekannte Argumentationen.¹ Auch in den Beiträgen zur Pandemie aus dem Umfeld der Politischen Theorie sind bisher keine neuen Konzepte, Theorieansätze oder Argumentationslinien entwickelt worden. Die Folgen der Pandemie als auch die Folgen der Pandemiebekämpfung werden in Termini vertrauter Entgegensetzungen erörtert. Die *Staat-Markt-Konfliktlinie* wird angesprochen in der Gegenüberstellung von „health“ und „wealth“. Dabei steht „health“ für eine überbordende Staatlichkeit, „wealth“ für die rasche Wiedereinsetzung des marktwirtschaftlichen Verkehrs in möglichst allen Branchen und die weitgehende Öffnung in allen gesellschaftlichen Sektoren. Die *Demokratie-Diktatur-Opposition* wird um „Hygienesdiktatur“ und pandemische „Polizeistaatlichkeit“ ergänzt. Angesichts der Krise als „Stunde der Exekutive“ wird die Verschiebung der Normsetzung in die Administrationen beklagt.

Dominierten diese beiden Diskussionsstränge die Shutdown-Phase (in Deutschland März-April-Mai 2020), so werden seitdem die (oft extremen) *Ungleichheiten* infolge der Pandemie hervorgehoben, von den Folgen für die Geschlechterrelationen auf dem Arbeitsmarkt und in den Familien einschließlich häuslicher Gewalt (Überblick bei: Carstensen et al. 2020), für die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen oder die Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation unterschiedlicher Berufsgruppen bis hin zu den unterschiedlichen Sterblichkeitsraten bei African Americans, Latinos und Weißen unter anderem in den USA (vgl. Oppel et al. 2020). Nationalstaaten agieren weithin ohne internationale Koordination, Kapital wird aus dem Globalen Süden abgezogen und die Unterstützungssummen für die Corona-Bekämpfung in diesen Ländern sind geradezu lächerlich. Entsprechend verschärfen sich auch die *globalen Ungleichheiten*. In dieser Perspektive stellt die Pandemie vor allem eine Verdichtung und Verfestigung der bestehenden Krisen-, Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnisse dar (vgl. u. a. Ludwig 2020). Die bisherige Ungleichheitskritik wird durch die Verteilung der Corona-Folgelasten in hohem Maße bestätigt, sie erhält zudem eine besondere Bedeutung, weil sich die verschiedenen Ungleichheiten überlagern und wechselseitig verstärken.

Andere Interpretationen rücken den Begriff der *Solidarität* in den Mittelpunkt (vgl. u. a. Deutscher Ethikrat 2020; zusammenfassend: Bonacker 2020). Mit ihm können sowohl die lokalen Unterstützungsnetzwerke und spontanen Hilfsaktionen in den Tagen des Shutdowns bezeichnet werden als auch das, was Regierungsaufforderungen erreichen sollen: Die Einhaltung von Verhaltensregeln wie Abstand halten, Händewaschen und Alltagsmasken tragen gilt als Akt der Solidarität. Die Mischung aus Moralisierung, dem Einfordern von

1 Nicht oft ist es erforderlich genau anzugeben, wann ein Beitrag zur Politischen Theorie nicht nur veröffentlicht, sondern verfasst wurde. Hier erscheint es nötig oder zumindest sinnvoll: Der Beitrag wurde im Juni 2020 verfasst, entsprechend sind Literatur und Debatten nur bis zu diesem Zeitraum einbezogen. Ende September wurde der Text noch einmal durchgesehen. Für die vielen Diskussionen zur Corona-Pandemie danke ich ganz besonders Frauke Hamann. Hinweise haben Gundula Ludwig, Martin Nonhoff und Frieder Vogelmann gegeben, Thomas Lauer-Kirschbaum hat einen ausführlichen Kommentar verfasst, vielen herzlichen Dank. Alle Genannten sind selbstverständlich nicht für die Argumentationslinie in diesem Text verantwortlich. Der Text ist entstanden im Rahmen der Arbeiten des Sonderforschungsbereichs „Globale Entwicklungstendenzen der Sozialpolitik“ (Teilprojekt B01 – gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Projektnummer 374666841 – SFB 1342) der Universität Bremen und der Abteilung „Theoretische und normative Grundlagen“ des SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, Universität Bremen.

Opfern und Verzicht sowie der Drohung, doch staatlichen Zwang einsetzen zu müssen, lässt die Solidarität jedoch zwischen einem Gemeinschaftsgefühl, einer erbetenen Verpflichtung, auf die der Schatten des Zwangs fällt, und einer moralischen Aufladung, die Rechte (auf körperliche Unversehrtheit) anderer zu sichern, changieren. Diese multiplen Ambivalenzen können Anlass sein, den Begriff der Solidarität – jedenfalls politiktheoretisch – *nicht* zum Ausgangspunkt weiterer Argumentationen zu machen (vgl. Bonacker 2020; August 2020).

Sicher stellen sich für die Politische Theorie, für Sozial- und Gesellschaftstheorie auch neue Fragen: Ist eine soziozentrierte, auf dem Sinnbegriff und der Kategorie sozialen Handelns basierende Theoriebildung überhaupt noch angemessen? Bilden Covid-19-Pandemie und Klimakrise hinreichenden Anlass, der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung (weit über eine ökologische Öffnung hinaus) eine *neue Grundlegung* zu geben, die das Naturverhältnis alles Sozialen ins Zentrum rückt? Bei aller Charakterisierung als Individuen, Personen, Bürger*innen, sozial Handelnden wären Personen demnach zunächst als ‚Körper-Geist-Hybride‘ zu verstehen, um einen weniger theoretisch vorbelasteten Terminus zu wählen, denn wie das Naturverhältnis alles Sozialen zu verstehen sei, müsste im Anschluss an Überlegungen aus den Science and Technology Studies, der Actor-Network-Theory und anderer Ansätze erst ausführlich diskutiert und nicht in eine Theorie-Nische abgeschoben werden. Dann würde sicherlich klar, dass dem Virus nicht der ‚Kampf‘ (oder gar ‚Krieg‘) erklärt werden kann, sondern dass dieses Virus (das gilt auch für alle anderen Viren) mit den Menschen in einem Co-Verhältnis lebend begriffen werden muss (vgl. Latour 2020; Hark 2020; Hitzer 2020).

Derartige Umbauten am Fundament sozialwissenschaftlicher Theoriebildung sind eine der Hauptaufgaben der Theoriearbeit, haben aktuell aber noch *nicht eine Qualität erreicht, die zur Intervention in eine aktuelle politische Diskussion befähigte*. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich daher auf einen kleinen Ausschnitt dessen, was aus der Perspektive politischer Theorie an den politischen Entwicklungen in der Corona-Pandemie zu debattieren ist. Sie tragen zu einer politischen Theorie bei, die auch die normative Frage nach den angemessenen Formen einer politischen Reaktion auf eine Pandemie für erörterungswürdig hält, und befassen sich mit *einer* der ‚altbekannten‘ Auseinandersetzungen – jener um den *Freiheitsbegriff*. Der Begriff der Freiheit wird in der Corona-Krise oft gegen einen Staat in Stellung gebracht, der eine extrem hohe Eingriffsintensität entfaltet. In der Auseinandersetzung um den Freiheitsbegriff entscheidet sich, welche Corona-Bekämpfungsmaßnahmen überhaupt legitimierbar sind und welche Konfliktlinien die Politik bestimmen (vgl. Illouz 2020). Zugleich soll – gegen einige zeitdiagnostische Zuspitzungen – eine differenzierte Darstellung der politischen Optionen versucht werden. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht daher das Spektrum möglicher Formen gesellschaftlicher und politischer Steuerung in Zeiten der Covid-19-Pandemie.

Die zentrale Überlegung lautet, dass ein politisch-theoretisches Verständnis von Pandemie und Pandemie-Bekämpfung auf der Basis eines *liberalen* Freiheitsverständnisses nicht möglich ist. Stattdessen ist von der *Konzeption des Staates als Sozialstaat* auszugehen. Entsprechend wird ein *sozialstaatliches Freiheitsverständnis* vorgestellt, das zu seiner Bestimmung auf einen *Begriff sozialer Freiheit* verweist, aber mit diesem nicht zusammenfällt. Dieser Zugang erlaubt es auch, institutionelle Überlegungen zum mindestens partiellen Umbau der Infektionsschutzpolitik von einer polizeirechtlichen zu einer sozialpolitischen Regulierung vorzustellen.

Biopolitische Kollektive

Theoretische Reflexionen zur Covid-19-Pandemie

Matthias Leanza*

Schlüsselwörter: Covid-19, Biopolitik, Pandemien, Gesundheit, Akteur-Netzwerk-Theorie

Abstract: Wie lässt sich die Covid-19-Pandemie sozialwissenschaftlich deuten? Dieser Aufsatz betrachtet im Anschluss an Michel Foucault und Bruno Latour die gegenwärtige Krise unter dem Gesichtspunkt biopolitischer Kollektive. Das Argument wird in drei Schritten entfaltet. Der erste Teil erläutert, inwiefern sowohl die Pandemie selbst als auch ihre gesellschaftlichen Folgen orthogonal zur Natur/Kultur-Unterscheidung stehen. Biologische und soziale Aspekte verschränken sich in ihnen, weshalb eine symmetrische Betrachtung erforderlich wird. Vor diesem Hintergrund diskutiert der zweite Teil das Konzept der Biopolitik. Es zeigt sich, dass das Virus in Kollektive eingetreten ist, die ein reflexives Verhältnis zur Tatsache ihrer eigenen Vitalität unterhalten und diese politisch regulieren. Der dritte Teil betrachtet Regulationsstrategien. Anhand von Contact-Tracing-Apps werden die theoretischen Überlegungen zur strategischen Unterbestimmtheit, verteilten Handlungsträgerschaft und den Grenzen biopolitischen Regierens illustriert.

Abstract: How does one make sense of the Covid-19 pandemic from a social science perspective? Drawing on theoretical resources from Michel Foucault and Bruno Latour, in this paper, I suggest considering the current crisis from the angle of biopolitical collectives. I develop this argument in three steps. The first section explains how the pandemic and its social ramifications cross the nature/culture divide. Biological and social aspects are intertwined, making a symmetrical approach necessary. Against this backdrop, the second section discusses the concept of biopolitics, arguing that the virus has entered collectives that entertain a reflexive relationship with their vitality, which they regulate politically. The final section examines strategies for regulating the pandemic. Using the example of contact tracing apps, I illustrate my theoretical considerations regarding strategic underdetermination, distributed agency, and the limits of biopolitical governance.

1. Pandemien – weder Natur noch Kultur

Die Covid-19-Pandemie stellt eine Gesundheitskrise historischen Ausmaßes dar, wie man vielleicht schon jetzt festhalten darf. Die immense Herausforderung, mit der sich Gesellschaften weltweit konfrontiert sehen, besteht zunächst darin, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, bis ein zuverlässiger Impfstoff vorliegt. Wann das sein wird, weiß zum gegenwärtigen Zeitpunkt niemand genau zu sagen. Andernfalls, so die Befürchtung, liefern die medizinischen Versorgungssysteme aber Gefahr, überlastet zu werden.

* Matthias Leanza, Universität Basel
Kontakt: matthias.leanza@unibas.ch

Das ist aber nur die eine Seite der gegenwärtigen Krise. Die Covid-19-Pandemie bedroht nicht nur die öffentliche Gesundheit, sondern geht auch mit einer Krise der gesellschaftlichen Reproduktion einher (vgl. Leanza 2020). Die Herausforderung ist somit eine zweifache: Die Ausbreitung des Virus muss verlangsamt werden, ohne die zur gesellschaftlichen Reproduktion notwendigen Prozesse, formal wie informal organisiert, zum Erliegen zu bringen. Dies führt zu Zielkonflikten und macht schwierige Güterabwägungen erforderlich. Dass es sich hierbei nicht um ein einfaches Nullsummenspiel handelt, verkompliziert die Situation weiter. So bedeuten Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz zwar zunächst Einschränkungen und organisatorischen sowie finanziellen Mehraufwand; zugleich sollen sie den Betrieben gewährleisten, dass ihre Belegschaften nicht aufgrund von Krankheit oder vorsorglicher Quarantäne ausfallen. Umgekehrt kann die Reduktion sozialer Kontakte zu Stress und gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen, auch wenn sie ein effektives Mittel zur Verlangsamung der Ausbreitung des Virus darstellt. Weil die Lage hochgradig volatil ist, müssen die Maßnahmen zudem fortwährend angepasst werden.

Die aktuelle Krise hat demnach zwei Seiten, die gleichermaßen zu berücksichtigen sind und deren inneren Zusammenhang es aufzuklären gilt. Es wäre falsch, wollte man dabei die Gesundheitskrise als einen rein biologischen oder natürlichen Sachverhalt begreifen, wohingegen die sozialen Folgen der Pandemie gesellschaftsimmanent zu erklären wären. Die Unterscheidung zwischen biologischen und sozialen Tatbeständen steht vielmehr orthogonal zu jener zwischen den zwei Seiten der Krise. Eine symmetrische Betrachtung ist daher erforderlich. Bereits der Umstand, dass Viren den Stoffwechsel von Wirtszellen benötigen, um sich replizieren zu können, macht es unmöglich, einen vermeintlichen ‚biologischen Kern‘ der Pandemie aus seinem ‚sozialen Kontext‘ herauszulösen. Das Infektionsgeschehen ist untrennbar verflochten mit der gesellschaftlichen Organisation der Populationen, in denen es sich entfaltet. Dass sich das Coronavirus vom chinesischen Wuhan innerhalb weniger Monate global verbreitete, ist nicht allein durch seine biologischen Eigenschaften erklärbar. Die durch moderne Kommunikations- und Verkehrstechnologien ermöglichte Vernetzung menschlicher Gesellschaften weltweit bahnte dem Virus erst die Wege, auf denen es zirkulieren konnte.

Zudem beeinflussen auch die kognitiven Modelle, mit denen betroffene Gruppen Infektionskrankheiten zu erklären versuchen, die Entwicklung des Ansteckungsgeschehens. Ob die sich manifestierenden Krankheitserscheinungen auf übertragbare Erreger oder gänzlich andere Ursachen zurückgeführt werden (z. B. schlechte Ausdünstungen des Bodens, vergiftete Brunnen oder göttliche Strafe für Fehlverhalten), besitzt zahlreiche Implikationen für das individuelle und kollektive Handeln. Zoonosen sind zwar – James C. Scott (2017: Kap. 3) zufolge – bereits mit dem im Zuge der Neolithisierung entstandenen Hauskomplex und den ersten Städten zum ständigen Begleiter menschlicher Zivilisationen geworden; die moderne Vorstellung von Infektionskrankheiten, ohne die man die einschneidenden Maßnahmen der letzten Wochen und Monate nicht hätte rechtfertigen können, setzte sich in seinen Grundzügen hingegen erst in den 1880er Jahren wissenschaftlich durch (vgl. Leven 1997; Gradmann 2010). Seitdem durchlief dieses Konzept zahlreiche Weiterentwicklungen, wie nicht zuletzt die zur Mitte des 20. Jahrhunderts etablierte Unterscheidung zwischen Bakterien und Viren zeigt (vgl. van Helvoort 1994). Das bedeutet aber, dass neben sozialen Organisationsformen und technologischen Infrastrukturen auch die Modelle zur Erklärung von Gesundheit und Krankheit unauflösbar mit dem Infektionsgeschehen verflochten sind. Damit unterlaufen Pandemien die Natur/Kultur-Grenze.